



## Niederschrift

### Öffentlicher Teil

WTI/19/2014/14-19

<b>Gremium</b>	<b>Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Infrastruktur</b>
<b>Sitzung am:</b>	<b>14.06.2017</b>
<b>Sitzungsort</b>	<b>Gemeindesaal, Lindenallee 14, 15366 Hoppegarten</b>

**Beginn: 18.02 Uhr**

**Ende: 20.20 Uhr**

**anwesend:**

#### Ausschussvorsitzende

Kollecker, Karin

#### stellv. Vorsitzende

Knihs, Andrea

#### Mitglieder

Hummel, Helga

(bis 19.40 Uhr)

Zielisch, Elke

Radach, Stefan

#### Stellv. Mitglieder

Schaefer, Ruth

Vertretung für: Dr. Dau, Mathilde

#### Bürgermeister

Knobbe, Karsten

#### sachkundige(r) Einwohner(in)

Herrmann, Angela

Starke, Thomas

Boerner, Christian

#### Verwaltung

Frau Bertz

Frau Huhle

#### Gäste

Scherler, Thomas, Dr. Galski, Frank, Juschka, Kay

**abwesend:**

#### Mitglieder

Dr. Dau, Mathilde

Eißrig, Andreas

#### sachkundige(r) Einwohner(in)

Börner, Carsten

Timm, Andrea

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- |                          |  |
|--------------------------|--|
| 1                        | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit  |
| 2                        | Feststellung der Tagesordnung, ggf. Beschlussfassung über eine Änderung  |
| 2.1                      | Feststellung von Ausschließungsgründen   |
| 3                        | Entscheidung über mögliche Einwendungen zur Niederschrift vom 01.03.2017   |
| 4                        | Mitteilungen der Verwaltung  |
| 5                        | Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden   |
| 6                        | Einwohnerfragestunde   |
| 7                        | Anfragen der Ausschussmitglieder   |
| 8                        | Handlungsschwerpunkte der mittelfristigen Planung der Tourismusarbeit (Zwischenstand der Zuarbeiten aus dem Ausschuss) |
| 9                        | Aktueller Sachstand zur Drucksache 191/2016 „Leit- und Informationssystem IGA-Korrespondenzregion – Gartennachbarn“    |
| 10                       | Informationen aus der Mitgliederversammlung des Tourismusvereins Märkische S5-Region                                   |
| 11                       | Konjunkturreport der IHK zum Jahresbeginn / Bestandsanalyse des Einzelhandels 2016                                     |
| 12                       | Vorbereitung der Gemeindevertreterversammlung am 10.07.2017  |
| 12.1                     | Beschlussvorlagen  |
| 12.1.1 DS 263/2017/14-16 | Entwurf des Haushaltsplanes der Gemeinde Hoppegarten für das Haushaltsjahr 2018  |

### Öffentlicher Teil

#### **1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Es wird die ordnungsgemäße Ladung der Sitzung festgestellt.  
Der Ausschuss ist mit den o. a. anwesenden Mitgliedern beschlussfähig.

#### **2 Feststellung der Tagesordnung, ggf. Beschlussfassung über eine Änderung**

Frau Kniehs beantragte die Aufnahme eines TOP zur Diskussion über den B-Plan für den Containerdienst Münchehofe. Dieser TOP „Austausch zum vorhabenbezogenen B-Plan Containerdienst Münchehofe“ wurde zum neuen TOP 13 (letzter TOP des öffentlichen Teils).

## **2.1 Feststellung von Ausschließungsgründen**

keine

## **3 Entscheidung über mögliche Einwendungen zur Niederschrift vom 26.04.2017**

Das Protokoll wird ohne Änderungen zur Kenntnis genommen.

## **4 Mitteilungen der Verwaltung**

Frau Bertz teilte mit, dass am 08.10.2017 die ADAC Youngtimer Tour vor der Clinton-Europazentrale Station macht. Es soll dort verschiedene Aktionen geben.

Der ADAC bat, aus diesem Anlass einen verkaufsoffenen Sonntag zu genehmigen. Es wurde vereinbart, dass Herr Knobbe dazu eine Drucksache für die GV-Sitzung am 10.07.2017 vorbereiten lässt mit dem Inhalt eines verkaufsoffenen Sonntags am 08.10.2017 für den Ortsteil Dahwitz-Hoppegarten. Es soll damit die Möglichkeit genutzt werden, ortsteilbezogene verkaufsoffene Sonntage zu beschließen (2 pro Jahr möglich).

Die anwesenden Ausschussmitglieder befürworteten die Drucksache.

## **5 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

keine

## **6 Einwohnerfragestunde**

Es wurden keine Fragen gestellt.

## **7 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Frau Kniehs informierte, dass die Straßenbeleuchtung in der Triftstr. steht und funktioniert. Allerdings ist die Straße schmal und der unbefestigte Seitenstreifen, auf dem die Laternenmasten stehen, wird im Begegnungsfall zum Ausweichen genutzt. Die grauen Laternenmasten sind nur schlecht zu sehen, es besteht die Gefahr von Kollisionen. Deshalb bat Frau Kniehs, die Laternen mit Reflektoren zu versehen.

Frau Kniehs bat darum, die Bäume in der Münchehofer Str. beschneiden zu lassen auf Höhe des Reitweges in der Kurve. Dies diene der Verbesserung der Sicht.

Weiter merkte Frau Kniehs an, dass bei der Ortseinfahrt nach Münchehofe über die Friedrichshagener Str. die Straße breit sei, weshalb viele Autofahrer zu schnell unterwegs seien. Wenn dann die Straße wegen der Einengung schmaler werde, werde es bei Gegenverkehr oft knapp. Herr Knobbe wies darauf hin, dass die Folgeprobleme von Straßeneinengungen immer vorhanden seien. In Münchehofe sei dies auch vor der Entscheidung über die Straßeneinengung diskutiert worden, der Ortsbeirat habe sich trotzdem für die Straßeneinengung ausgesprochen. Ein Hinweisschild sei grundsätzlich möglich, dies müsse geprüft werden.

Die Straßeneinengung sei im Dunkeln auch schlecht zu sehen, da der Beton langsam dunkler werde und am Anfang keine Beleuchtung sei. Reflektoren an der Einengung seien möglich laut Herrn Knobbe.

Frau Hummel fragte, ob der Weg neben der Lindenallee vom Kreisverkehr bis zur Bushaltestelle im Zuge der Baumaßnahmen am Park mit gepflastert wird. Dies sei nach ihrer Meinung nötig, da der Weg oft genutzt werde. Derzeit befinde sich dort ein Zuckersandweg. Frau Bertz und Herr Knobbe waren sich nicht sicher, ob dieser Weg gepflastert werden soll. Herr Knobbe wird dies veranlassen, sofern es noch nicht mit geplant ist.

## **8 Handlungsschwerpunkte der mittelfristigen Planung der Tourismusarbeit**

Konkrete Zuarbeiten aus dem Ausschuss lagen nicht vor. Frau Herrmann und Herr Scherler sprachen zu ihrem Thema „Entwicklung von Lenne´-Park, Herrenhaus und Schlossplatz“.

Bezüglich der Schlösser GmbH teilte Frau Herrmann mit, dass Vertreter gern in den Ausschuss kommen würden und ihre Planungen vorstellen. Frau Kollecker hatte auch mit Vertretern der Schlösser GmbH telefoniert, die ihr gesagt hatten, dass es noch keine öffentlichkeitsreifen Pläne gebe. Sie verwies auf die entsprechende Information im nichtöffentlichen Teil der letzten Ausschusssitzung. Herr Knobbe teilte mit, dass er am 22.06.2017 eine Besprechung mit dem Geschäftsführer der Schlösser GmbH hat, er wird das Thema dort mit anschneiden.

Herr Radach verwies darauf, dass am Rande des Frauenaktionstages eine Führung durch den Schlosspark stattfand. Auch beim Schlossfest seien Führungen geplant. Frau Kollecker informierte über die Parkführung der Frau Lehmpfuhl im Zuge der Wanderung am 29.04.2017.

Im Park gibt es Zerstörungen an Bänken, auch sei die Verkehrssicherung an den Bäumen zu beachten, so Frau Herrmann. Der Parkeingang vom Hotel aus biete einen dramatischen Anblick, da müsse die Schlösser GmbH handeln.

Im Hinblick auf den Schlossplatz ist nach Auffassung von Frau Herrmann die Umsetzung der von Herrn Scherler im JBK-Ausschuss angeregten Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung nötig. Auch die Parkplatzsituation sei zu klären.

Herr Scherler ergänzte, dass für den Bereich um den Schlossplatz die Situation des ganzen Gebietes zu klären sei, dies betreffe Ziesike, den Friedhof und die von Frau Herrmann erwähnten Punkte. Er habe mit sehr vielen Leuten geredet und sein der Meinung, dass mehr Informationen nötig seien. Es könne nicht sein, dass eine sachkundige Einwohnerin und ein Gemeindevertreter ein Konzept ausarbeiten, dies müsse vom ganzen Ausschuss kommen. Dazu stellte Frau Kollecker klar, dass eine Konzeptausarbeitung nie erwartet wurde, sondern lediglich Ideen zu einem bestimmten Thema.

Frau Kniehs schlug vor, die Ortsvorsteher einzuladen. Es wurde auf die Anwesenheit von Herrn Radach verwiesen und darauf, dass Frau Kniehs im Ortsbeirat Münchehofe ist.

Letztlich gab es eine Diskussion dazu, welchen Umfang die Aufträge an die Ausschussmitglieder haben. Dies habe die Ausschussvorsitzende zu konkretisieren.

Es sei auch zu rügen, dass sich die Ausschussvorsitzende kein anderes Handlungsfeld zur Bearbeitung vorgenommen habe, nachdem das Thema Leitsystem wegen der Mittelstreichung entfallen sei, dann hätte sie ihre Vorstellungen verdeutlichen können. Diese Kritik nahm Frau Kollecker als berechtigt an.

Frau Zielisch bemängelte fehlende Informationen zum Bereich Infrastruktur. Es müsse doch ein Verkehrskonzept existieren.

Auf das entsprechende Konzept vom Februar 2012 wurde verwiesen. Die Ausschussmitglieder seien gehalten, sich mit den existierenden Konzepten zu befassen, diese sind über die Homepage der Gemeinde abrufbar.

Bezüglich des Straßenausbaus verwies Herr Radach auf die Zuständigkeit des Ortsbeirates. Der Ortsbeirat Dahlwitz-Hoppegarten habe auf Grundlage des Verkehrskonzeptes von 2012 eine Planung für den Ortsteil beschlossen, an die sich die Verwaltung hält. Frau Koll-ecker informierte darüber, dass auch der Ortsbeirat Hönow eine Prioritätenliste zum Stra-ßenausbau entwickelt hat.

Es wurde geklärt, dass die Ausschussmitglieder mehrheitlich beschlossen hatten, sich nach und nach die in der Gemeinde existierenden Konzepte vorzunehmen und diese auf Aktua-lität zu prüfen. Diesbezüglich erinnerte Frau Koll-ecker an die Auflistung der vorhandenen Konzepte in der Gemeinde, die Frau Bertz erstellt hatte. Frau Bertz gab zu bedenken, dass nur ein Teil der Konzepte von der Gemeindevertretung beschlossen wurde.

Es war dann beschlossen worden, zunächst mit den Handlungsschwerpunkten der mittelfris-tigen Tourismusarbeit zu beginnen, da dieses Konzept bis 2017 angelegt war.

## **9. Aktueller Sachstand zur Drucksache 191/2016 „Leit- und Informationssystem IGA-Korrespondenzregion – Gartennachbarn“**

Frau Bertz erläuterte den Hintergrund. Sie hatte dazu eine Finanzübersicht vorbereitet, die als Anlage zum Protokoll genommen wird. Frau Bertz teilte mit, dass es zu dem Projekt noch keinen Fördermittelbescheid gibt, es kamen gerade wieder Nachfragen des Förder-mittelgebers dazu.

Frau Koll-ecker verwies auf die Beschlusslage insbesondere im Hinblick auf das Leitsystem der Gartennachbarn. Im Dezember 2016 hatte die Gemeindevertretung mehrheitlich be-schlossen, sich an der Kooperation mit den Nachbarkommunen zu beteiligen, sofern die Förderung der Maßnahme erfolgt. Der Eigenanteil der Gemeinde Hoppegarten dafür in Höhe von 12.000 € wurde dann aber im Januar 2017 im Rahmen des Beschlusses zum Haushalt 2017 gestrichen.

Frau Koll-ecker schlug ein Votum des Ausschusses vor, dass die sich widersprechenden Beschlusslagen durch einen weiteren Beschluss einer endgültigen Beschlusslage der Ge-meindevertretung zugeführt werden. Sofern in diesem Jahr noch Fördermittel fließen, solle die Verwaltung nach einer eindeutigen Beschlusslage handeln können.

Frau Bertz stellte klar, dass nur Mittel für das kommunale Leitsystem im Haushalt 2018 stehen. Für das Leitsystem der Gartennachbarn sind keine Mittel eingestellt. Für das Leit-system der Gartennachbarn müssten nach Auffassung von Frau Koll-ecker noch in diesem Jahr Mittel bereit gestellt werden, dies ist eventuell auch über Deckung mit anderen Haus-haltspositionen möglich. Dies bestätigte Frau Huhle, sie bat aber um ein Votum der Gemein-devertreter.

Herr Knobbe stellte klar, dass er keinen Beschluss für die GV vorbereiten wird. Er schlug einen Antrag der Ausschussmitglieder vor.

Für die Stellung eines entsprechenden Antrages stimmten alle anwesenden Ausschussmit-glieder einstimmig. Es wurde vereinbart, dass Frau Koll-ecker den Antrag vorbereitet.

## **10. Informationen aus der Mitgliederversammlung des Tourismusvereins Märkische S5-Region**

Die Tourismusinformation in Strausberg hatte im vorigen Jahr rund 26.000 Anfragen, davon waren 7.200 Leute vor Ort. Der Tourismusverein ist ausreichend finanziert, er erwirtschaftet allerdings keine Gewinne.

Der Stand des Tourismusvereins war am Renntag zu Pfingsten aufgrund des schlechten Wetters nicht besetzt. Er wird in Zukunft wieder besetzt sein.

Die Übernachtungszahlen stabilisieren sich wieder, auch wenn sich die Qualität nicht verbessert hat. Da derzeit wegen der IGA alles ausgebucht ist, sehen die Betreiber auch keinen Grund für eine Verbesserung.

Es ist laut Herrn Radach zu beachten, dass die Übernachtungen in der Mediantklinik mitgezählt werden.

Die von Frau Bertz vorgestellten Zahlen kommen als Anlage zum Protokoll.

## **11. Konjunkturreport der IHK zum Jahresbeginn / Bestandsanalyse des Einzelhandels 2016**

Frau Kollecker verwies auf die Anlagen zum TOP 11. Sie legte dar, von den Zahlen für ganz Brandenburg angenehm überrascht gewesen zu sein.

### **12.1.1. Entwurf des Haushaltsplanes der Gemeinde Hoppegarten für das Haushaltsjahr 2018**

Über das touristische Leitsystem wurde bereits unter TOP 9 gesprochen. Dort hatten sich die Ausschussmitglieder mehrheitlich für den geplanten Ansatz für das Leitsystem der Gemeinde in Höhe von 39.000 € ausgesprochen.

Bezüglich der Straßeninvestitionen verwies Frau Kollecker auf die bereitgestellten Unterlagen. Frau Huhle nahm Bezug auf ihre Darlegungen in der letzten GV-Sitzung.

Frau Zielisch vermisste eine Aufstellung speziell bezogen auf den Ausschuss. Wenn eine Lesung angesetzt sei, könne dies verlangt werden, zumal die ehrenamtlich tätigen Ausschussmitglieder in der kurzen Zeit nicht den Haushalt hätten durcharbeiten können. Dazu verwies Frau Kollecker auf die Darlegungen im Vorbericht zum Haushalt und vertrat die Auffassung, dass zumindest die Beschäftigung mit dem Vorbericht zur Vorbereitung der Ausschusswoche von den Gemeindevertretern verlangt werden konnte.

Herr Knobbe legte dar, dass die Verwaltung die Fragen der Ausschussmitglieder nicht ahnen kann. Die Verwaltung hat mit dem Entwurf ihre Auffassung kundgetan und nun ist es an den Gremien, sich damit zu befassen. Frau Zielisch ist der Meinung, dass Lesung auch heißen, dass gelesen werde; die Beratung komme später.

Frau Kollecker fragte Frau Bertz, ob die kleinen Einzelpositionen des Tourismusbereiches mit angemeldet wurden, da sie diese Einzelpositionen noch nicht durchgearbeitet hatte. Frau Bertz bestätigte die Mittelanmeldung.

Im Hinblick auf das Leitsystem wies Herr Starke auf die ausgewiesenen Mittel hin. Frau Kollecker empfahl, diese in Anbetracht der angespannten Haushaltslage nicht zu erhöhen. Sie hofft allerdings, dass in der Haushaltsdiskussion keine Reduzierung erfolgt.

Auf Wunsch von Frau Zielisch verlas Frau Huhle die Liste der Unterhaltungen. Diese befindet sich auf Seiten 27 und 28 des Vorberichtes.

Frau Herrmann fragte nach den Ausbaubeiträgen für die Rudolf-Breitscheid-Str. Diese stehen nicht im Haushalt für 2018, weil die Bescheide dazu noch dieses Jahr versandt werden, wie Frau Huhle erläuterte.

### **13. Austausch zum vorhabenbezogenen B-Plan Containerdienst Münchehofe**

Frau Kniehs legte dar, dass jede Baumaßnahme auch zur Infrastruktur gehöre. Deshalb wollte sie den TOP auf die TO haben, nicht wegen des konkreten Vorhabens.

Münchehofe sei ein kompaktes Dorf, um das rund herum Natur sei. Auf der Münchehofer Flur befinde sich aber auch ein Gewerbegebiet, das größer als der Ort sei. Da stelle sich die Frage, wie viel Gewerbe der Ort vertrage. Die Natur sei unser Faustfand.

Im konkreten Fall gehe es darum, dass Herr Brieskorn derzeit nach eigener Auskunft 2.600 m<sup>2</sup> nutze. Nach dem vorliegenden B-Plan wolle er 6.800 m<sup>2</sup> nutzen. Er wolle dort weder Hallen noch Büro bauen, müsse es dann diese Fläche sein.

Münchehofe habe mit dem Klärwerk schon genug Ärger gehabt, hier seien die Ausgleichsmaßnahmen nicht definiert. Münchehofe dürfe nicht schon wieder unter Lärm und Geruchsbelästigung leiden.

Herr Knobbe wies darauf hin, dass Frau Kniehs als Anwohnerin ihre Bedenken im Verfahren äußern kann. Dafür müsse das Verfahren allerdings zunächst eröffnet werden.

Im Übrigen sei die Fläche so weit weg von Münchehofe, dass der Ort keine Beeinträchtigungen zu befürchten habe. Die Fläche sei im Vergleich zum Klärwerk auch klein.

Herr Radach wies darauf hin, dass der Gewerbetreibende Eigentümer der Fläche ist. Wenn er dort Bestimmungen verletze, könne man dem nachgehen. Aber an der Ausübung seines Gewerbes dürfe man ihn nicht hindern. Er wolle die Fläche als Zwischenlager nutzen.

Frau Zielisch legte dar, dass es sich um eine Ackerfläche handelt, die derzeit illegal zur Zwischenlagerung von Bauschutt genutzt werde. Könne man das Gewerbe nicht ins Gewerbegebiet verlagern, zumal die jetzt genutzte Fläche zum Trinkwassereinzugsgebiet gehöre?

Flächen im Gewerbegebiet gibt es laut Frau Kollecker nicht mehr, im Übrigen sei das Gewerbe nun mal auf der zu beplanenden Fläche ansässig. Im Rahmen des B-Plan-Verfahrens werden die aufgeworfenen Fragen geklärt.

Herr Knobbe wies darauf hin, dass es um die Schaffung von Baurecht gehe.

Herr Juschka erinnerte an die Darlegung von Frau Schnabel, dass es beim vorliegenden Beschlussvorschlag um die Entscheidung gehe, ob wir die Entwicklung an dem Standort wollen oder nicht. Es sei mithin jetzt die Grundsatzentscheidung zu treffen. Sei die Bauplanung einmal befürwortet, könne man davon später kaum abrücken.

Maßgeblich ist nach Ansicht von Herrn Juschka nicht, dass für die Fläche bereits das Gewerbe angemeldet ist und das die Nutzung bereits stattfindet. Es könne nicht sein, dass

jemand mit einer Nutzung illegal beginne und die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen erst später schaffe.

Dazu sagte Herr Knobbe, dass die Einwendungen von Frau Kniehs ins Verfahren gehörten. Die Entscheidung allerdings, ob das Verfahren eröffnet werden solle, sei in der Tat mit Abstimmung über die Drucksache zu treffen.

Herr Juschka vertrat die Auffassung, dass kein Gewerbetreibender eine Fläche einfach nutzen könne und erst nach entsprechender behördlicher Mahnung die rechtlichen Voraussetzungen anschieben könne. Dies hätte die Verwaltung auch bei Einbringung der Drucksache deutlich machen müssen.

Herr Radach wies darauf hin, dass nicht Herr Brieskorn die Nutzung als Deponie begonnen habe, sondern sein Vorgänger. Herr Brieskorn habe nach dem Kauf die Fläche beräumt. Man könne den Eigentümer jetzt nicht verdonnern, die Fläche nicht zu nutzen.

Die Drucksache ist nach Auffassung von Frau Kniehs falsch. Die Gemeindevertreter könnten ohne Kenntnis der Tatsachen nicht abstimmen.

Frau Zielisch fragte, weshalb hier keine Bauvoranfrage gestellt worden sei. Sie wurde darauf hingewiesen, dass dies im B-Plan-Verfahren nicht vorgesehen ist. Im Außenbereich muss Bauplanungsrecht hergestellt werden, daran fehlt es bisher trotz Ausübung Gewerbes.

gez. Karin Kolleyer

Ausschussvorsitzende und Protokollantin